



LANDESJUGENDAMT

info

INHALT

Vorwort	2
Aus der Arbeit des Landesjugendamtes	3
Aus dem Landesjugendhilfeausschuss	3
Aus der Verwaltung	6
Fachdialog „500 Tage Bundeskinderschutzgesetz“ in Berlin	6
114. Arbeitstagung der BAG Landesjugendämter vom 10. bis 12. April 2013 in Eisenach	9
Empfehlungen der BAG Landesjugendämter	10
Die Jahrestagung der LAG Jugendhilfeplanung diskutierte den 14. Kinder- und Jugendbericht des Bundes	11
Qualitätssicherung durch Fortbildung	14
Umsetzung der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen & Familienhebammen	18
Jugendschutzwochen im nördlichen Rheinland-Pfalz	20
Der Blick zurück	21
Die GZA Rheinland-Pfalz und Hessen feiert 10 Jahre Zusammenarbeit	21
5. Jahrestagung der SPFH-Fachkräfte	24
9. Landeskonferenz Heimerziehung	26
„Verliert die Jugendarbeit ihre Jugend?“	28
Fachtagung der Kompetenzagenturen: Wege aus dem Labyrinth des Übergangssystems	31
Für Sie Besucht	33
Netzwerk Fortbildung: Kinder bis drei – Bundestagung 2013	33
Personalien	35
Termine	36
Impressum	38



VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser,

Ende Mai sind die zweiten bundesweiten Aktionswochen der Jugendämter angelaufen – bislang mit großer Resonanz der Öffentlichkeit und der regionalen Medien. Die Jugendämter nutzen die Chance zur gemeinsamen Darstellung nach außen und vertrauen auf die Materialien, die von der BAG Landesjugendämter unter dem Motto [„Das Jugendamt. Unterstützung, die ankommt.“](#) zur Verfügung gestellt werden. So gelangen derzeit viele Berichte über die

tagtägliche engagierte Arbeit der Jugendämter zum Wohle von Kindern, Jugendlichen und Familien in die Presse, die zeigen, was Jugendämter leisten – und nicht, wie sonst so oft, was Jugendämter gerade nicht geleistet haben. Auch über so scheinbar trockene Themen wie Unterhaltsvorschuss informieren die Jugendämter anregend und gut verständlich, unterstützt durch von Journalisten verfasste Pressemeldungen, die im Rahmen der Aktionswochen entwickelt wurden. Der zentrale Beitrag der Jugendämter zum Kinderschutz wurde im Rahmen der Veranstaltung „500 Tage Bundeskinderschutzgesetz – Erfolge und Potentiale“ gemeinsam mit Bundesministerin Dr. Kristina Schröder in Berlin beleuchtet. Mit dabei aus Rheinland-Pfalz war das Jugendamt Ludwigshafen, das dort das Projekt „Guter Start ins Kinderleben“ vorstellte. Auch Ministerin Irene Alt würdigte mit einer [Presseerklärung](#) im Rahmen der Aktionswochen die Arbeit der Jugendämter.

Es ist zu hoffen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger das Jugendamt als Kompetenzzentrum kennen lernen und es künftig entsprechend wahrnehmen.

Auf eine „Lücke“ in dieser Ausgabe möchte ich Sie noch hinweisen: Wegen personeller Veränderungen muss dieses Mal die Rubrik „Alles, was Recht ist“ leider entfallen.

Birgit Zeller

Mitglieder der AG Info des Landesjugendamtes

Veronika Bergmann	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum
Matthias Bolch	Präsidentenbüro
Carina Hormesch	Geschäftsführung BAG Landesjugendämter
Iris Egger-Otholt	Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen, Vollzeitpflege
Doris Michell	Referat Kindertagesstätten, Kindertagespflege
Benno Neuhaus	Referat Soziales Beratungswesen, Verbraucherinsolvenz, ambulante Hilfen zur Erziehung, Stiftungen
Ansgar Meerheim	Referat Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen
Aline Kröhle	Vorzimmer Landesjugendamt
Florian Reinert	Referat Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe
Dirk Steen	Referat Hilfen zur Erziehung, Kostenerstattung
Birgit Zeller	Leiterin der Abteilung Landesjugendamt

AUS DER ARBEIT DES LANDESJUGENDAMTES

Aus dem Landesjugendhilfeausschuss

Rückblick auf die Sitzung vom 22. April 2013

Profilierung der Jugendarbeit - grünes Licht für eine Projektidee

„Jugendhilfe wirkt nur als Ganzes gut“, sagt Professor Schrapper von der Uni Koblenz. Zu diesem Ganzen gehört auch die Pflichtaufgabe Jugendarbeit. Sie darf nicht zerrieben werden zwischen anderen Aufgaben, die gerade eine besondere gesellschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Das ist der Hintergrund für einen Projektvorschlag zur Profilierung der Jugendarbeit, den der Fachausschuss 1 einbrachte. Der Landesjugendhilfeausschuss hat das Konzept dafür einmütig unterstützt. Es geht auf einen Vorschlag von Prof. Werner Lindner aus Jena zurück, der das Projekt auch begleiten soll.

Ziel ist die Stärkung der Jugendarbeit vor Ort. Es geht darum herauszufinden, wie das Bild der Jugendarbeit in gemeinsamer Anstrengung korrigiert und gesellschaftliche Zustimmung für die Jugendarbeit generiert werden kann. Dabei ist die Auffassung leitend, dass Jugendarbeit nach wie vor eine wichtige Funktion für die Entwicklung junger Menschen hat. Das wird nicht zuletzt durch den 14. Kinder- und Jugendbericht unterstützt.

In einem nächsten Schritt wird der Fachausschuss 1 das Projekt in den Arbeitsgemeinschaften Nord und Süd der Jugendämter vorstellen und gemeinsam mit der Verwaltung um Projektteilnehmer bei den Jugendämtern und Jugendverbänden sowie freien Trägern der Jugendhilfe werben. Bei entsprechendem Interesse seitens der Jugendämter und Jugendverbände (es wird von insgesamt 15 beteiligten Trägern ausgegangen) betreibt der Fachausschuss 1 den Fortgang und die Trägerschaft des Projekts, bemüht sich um die Finanzierung und schafft die strukturellen Rahmenbedingungen dafür. Im Hinblick auf die Finanzierung bittet der Landesjugendhilfeausschuss in seinem Beschluss um die Unterstützung des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen.

Empfehlung ambulante Hilfen

Der Ausschuss verabschiedete mehrheitlich die Empfehlung zu den „Ambulanten Hilfen zur Erziehung“. Diese war in einem langen Prozess entwickelt worden. Intensiven Beratungen im Fachausschuss 3 folgte eine Abstimmungsrunde mit den Jugendämtern. Deren Vertretungen im Fachausschuss konnten am Ende ihre Vorstellungen zum Änderungsbedarf durchsetzen. Gleichwohl erhielt die Empfehlung am Ende nicht die Stimmen der Jugendämter und der Kommunalvertreter. Stein des Anstoßes ist offenbar ein empfehlender Hinweis auf eine Arbeitshilfe des Bundesverbandes für Erziehungshilfe (AFET), in der es um Grundlagen und Verfahren zur Berechnung von Entgelten für Fachleistungsstunden geht.

Manfred Simon – der langjährige Geschäftsführer des Landesjugendhilfeausschusses wurde in den Ruhestand verabschiedet

Manfred Simon, der langjährige Geschäftsführer des Landesjugendhilfeausschusses, ist zum 31.12.2012 in den Ruhestand getreten. Dem Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses, Pfarrer Albrecht Bähr, war es ein besonderes Anliegen, diesen Abschied zum Anlass zu nehmen, die Verdienste von Herrn Simon gebührend zu würdigen. Er verabschiedete Herrn Simon deshalb im Rahmen eines eigenen Tagesordnungspunktes bei der letzten Sitzung des LJHA.

Er stellte heraus, dass Herr Simon im Laufe seiner 28-jährigen Tätigkeit als Geschäftsführer einen enormen Wissensschatz gesammelt habe, von dem alle profitieren konnten. Herr Bähr lobte die stets umsichtige und gute Vorbereitung der Sitzungen und Herrn Simons vorausschauendes Mitdenken. Er unterstrich die Souveränität, aber auch die Leidenschaft für die Sache der Kinder- und Jugendhilfe, die Herr Simon mit eingebracht habe. Mit seinem engagierten Einsatz habe Herr Simon nicht nur dem Ausschuss sondern der Kinder- und Jugendhilfe im ganzen Land einen wertvollen Dienst erwiesen. Dafür sagte der Vorsitzende im Namen der Mitglieder, aber auch namens der Kinder- und Jugendhilfe im Land von Herzen „Danke“. Er wünschte Manfred Simon alles Gute für die weitere Lebensphase und dass er noch weiterhin lange Zeit in voller Kreativität und Kraft das tun könne, was er sich vorstelle und wünsche. Er schloss mit den Worten: „Dass Sie uns natürlich nicht ganz vergessen, das wünschen wir uns auch, und dass die Zeit, die jetzt vor Ihnen liegt, eine gute wird! Herzlichen Dank, alles Gute für Sie.“



Verabschiedung von Manfred Simon

Frau Zeller schloss sich den Worten von Herrn Bähr an und überreichte ein Abschiedsgeschenk der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesjugendamtes, bevor sich Herr Simon dann tatsächlich mit seinem Dank vom Ausschuss und damit auch dem Landesjugendamt verabschiedete. Nach der entspanntesten Sitzung seiner Laufbahn, wie er bekannte.

Information zum Stand der Empfehlung zu § 72a SGB VIII

Sybille Nonninger informierte darüber, dass sie nach umfänglichen Konsultationen hoffe, im Herbst einen Entwurf für eine Empfehlung vorlegen zu können. Der Planung nach soll sie auch den Entwurf für eine Rahmenvereinbarung auf Landesebene enthalten. Mit der Rahmenvereinbarung ist die Vorstellung verbunden, dass die örtlichen öffentlichen Träger die Option zu einem Beitritt erhalten. Wenn dies vor Ort positiv beschieden wird, könnten sich damit eigene örtliche Verhandlungen und Vereinbarungen erübrigen bzw. erheblich vereinfachen. Inhaltlich gehen die Vorstellungen dahin, zunächst bestimmte Kerntätigkeiten zu benennen, für die auch bei ehren- oder nebenamtlich tätigen Personen die Einsichtnahme in ein erweitertes Führungszeugnis

erwartet wird. Des Weiteren wird an einer Formel gearbeitet, mit der für die übrigen Fälle sowie für mögliche Ausnahmen die Entscheidung über die Einsichtnahme in das erweiterte Führungszeugnis getroffen werden kann.

Ausblick auf die nächste Sitzung

Die nächste Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses findet am 23. September 2013 statt. Der für den 24. Juni vorgesehene Termin entfällt.

Die Tagesordnung finden Sie ab 9. September 2013 auf der [Homepage des Landesjugendamtes](#).

Die Sitzung findet im Landtag von 10 bis 13 Uhr statt. Sie ist öffentlich.

Fachdialog „500 Tage Bundeskinderschutzgesetz“ in Berlin

Jugendämter ziehen gemeinsam mit Bundesfamilienministerin Kristina Schröder Bilanz



Am 5. Juni 2013 hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter zum zweiten Mal Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen und Jugendämtern nach Berlin eingeladen, um die Leistungen der Jugendämter im Rahmen ihrer bundesweiten Aktionswochen in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen.

Kinder im Mittelpunkt. Behütet von den Erwachsenen. So geht Kinderschutz.

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) wurde die Veranstaltung „500 Tage Bundeskinderschutzgesetz – Erfolge und Potentiale“ auf die Beine gestellt. Ministerin Dr. Kristina Schröder zeigte sich beeindruckt von der auf kommunaler Ebene bisher erfolgten Umsetzung des Gesetzes in die Praxis. Sechs Jugendämter stellten unterschiedliche Beispiele aus ihrer Arbeit vor und konnten in den Dialog mit der Ministerin treten. Diese sechs Jugendämter repräsentierten in Berlin die fast 600 Jugendämter in Deutschland, die tagtäglich vollen Einsatz für Kinder, Jugendliche und Familien geben.

Mit dabei waren das Jugendamt des Kreises Paderborn, der Ostalbkreis, das Stadtjugendamt Erlangen, die Stadt Neuss, das Berliner Bezirksjugendamt Charlottenburg-Wilmersdorf sowie die Stadt Ludwigshafen. Die Ludwigshafener zeigten mit ihrem Projekt „Guter Start ins Kinderleben“, wie Unterstützung von Anfang an gelingt und gepaart mit einem weiteren Paket an Maßnahmen auf Dauer Hilfe bietet und Familien begleitet.

Maria Beck, Birgit Zeller, Dr. Kristina Schröder, Prof. Dr. Cornelia Reifenberg, Jürgen May



"Kinder brauchen Schutz von Anfang an", sagte Kristina Schröder. Sie betonte, dass mit dem Bundeskinderschutzgesetz die Rahmenbedingungen dafür verbessert worden seien, dass Kinder bestmöglich geschützt sind. Alle, die für einen effektiven Kinderschutz verantwortlich sind, müssten eng zusammenarbeiten.

Birgit Zeller war es wichtig, die Arbeit der Fachkräfte in den Jugendämtern zu würdigen. Sie stellte klar, es gehe bei den Aktionswochen nicht darum, „ein Image aufzupolieren“, sondern ein Bewusstsein zu schaffen, für das, was tagtäglich geleistet werde, und dies der Öffentlichkeit realistisch zu präsentieren.

Beim anschließenden Fachdialog referierten Dr. Maria Kurz-Adam, Leiterin Stadtjugendamt München, Prof. Dr. Reinhart Wolff, Kronberger Kreis für Dialogische Qualitätsentwicklung, Christine Gerber vom NZFH und Dr. Heinz Kindler vom Deutschen Jugendinstitut (DJI).



Dr. Kurz-Adam spiegelte in ihrem Vortrag die Sicht eines großen Jugendamtes wider. Ihre Bilanz vollzog sich in drei Schritten: in der Notwendigkeit eines solchen Gesetzes, in der bisherigen Umsetzung und den damit verbundenen Erfahrungen, sowie in den gestellten Herausforderungen, die eine sehr arbeitsintensive Zeit prägten.

Prof. Dr. Wolff erläuterte in seinem Vortrag „Zusammenarbeit im Kinderschutz: wichtig aber schwierig“ die Probleme in der Kooperation im Kinderschutz und stellte fest: Die hohe Veränderungsdynamik der aktuellen Kinderschutzpraxis spiegelt sich in der Zusammenarbeit wider.

Dass Fachkräfte lernen müssen, mit bestehenden Unsicherheiten im Kinderschutz professionell umzugehen und mit Risiken und Fehlern zu leben, machte Christine Gerber in ihrem Vortrag „Befunde und Einschätzungen zum deutschen Kinderschutzsystem“ deutlich. Die Fachkräfte müssten in ihrer Arbeit weiter gestärkt und gefördert werden, denn sie sind die zentrale Ressource im Kinderschutz. Es müsse ausreichend Zeit eingeräumt werden, das eigene Handeln zu reflektieren.

Dr. Kindler präsentierte „Ziele und Qualitätsindikatoren für den Kinderschutz in Deutschland“. Exemplarisch wurden vier Qualitätsindikatoren vorgestellt, eines davon ist der „prozentuale Anteil der Gefährdungsmeldungen von verschiedenen Kooperationspartnern, bei denen sich nach Überprüfung kein Schutz- und kein Hilfebedarf ergibt“. Mit Schulungen ließe sich dieser Anteil verringern, wodurch eine Entlastung des Systems erreicht würde.



Die Referierenden beantworten Fragen aus den Jugendämtern

Aus der abschließenden Diskussion mit den Jugendämtern konnte festgehalten werden:

- Gute Rahmenbedingungen im Kinderschutz sind wichtig, damit Unsicherheiten ausgehalten werden können.
- Prozesse der Fallbearbeitung werden zuweilen überreguliert.
- Man braucht Reflexionsräume für das eigene Handeln.
- Es besteht ein Bedarf an Qualifizierung von Kooperationspartnern und anderen Institutionen (z.B. Gesundheitssystem, Familiengerichte). Dies geschieht am besten, wenn die unterschiedlichen Berufsgruppen gemeinsam mit Klienten lernen (Bsp. Lernwerkstatt).
- Interkommunaler Austausch ist wichtig. Einen Baustein bildet die [Plattform inforo online](#).
- Die Öffentlichkeit muss für eine „lebendige Fehlerkultur“ sensibilisiert werden. Dafür wünscht man sich Unterstützung durch die überörtliche Ebene.
- Die Akteure im Kinderschutz müssen im Dialog bleiben.

**„Unser Wissen ist ein Tropfen. Was wir nicht wissen, ist ein Ozean.“
- Sir Isaac Newton -**

Die Powerpointpräsentationen der Vortragenden finden Sie unter www.unterstuetzung-die-ankommt.de und unter www.fruehe-hilfen.de. Um einen Eindruck von der Veranstaltung zu erhalten, können Sie sich das Video des BMFSFJ [hier](#) anschauen.

Die Veranstaltung im Bundesministerium war Teil der Aktionswochen der Jugendämter, die im Mai und Juni bundesweit ihre Leistungen und Angebote bekannt machen und dabei in den regionalen und überregionalen Medien eine hohe Aufmerksamkeit erlangen.

Carina Hormesch
Telefon 06131 967-162
Hormesch.Carina@lsjv.rlp.de

Landesjugendämter beschließen Empfehlungen zur „Sicherung der Rechte von Kindern als Qualitätsmerkmal von Kindertageseinrichtungen“

Die Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter verabschiedete auf ihrer 114. Arbeitstagung Empfehlungen zur „Sicherung der Rechte von Kindern als Qualitätsmerkmal von Kindertageseinrichtungen“. Damit konkretisiert sie ihre „Handlungsempfehlungen zum Bundeskinderschutzgesetz“ (Juni 2012) für den Bereich der Kindertagesbetreuung und zeigt vielfältige Partizipationsmöglichkeiten in diesem Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe auf. Die Empfehlungen geben den Verantwortlichen in Landesjugendämtern, Jugendämtern, bei Trägern und auch den Fachkräften selbst viele wichtige Hinweise und Anregungen für eine qualifizierte Umsetzung von Beteiligung vor Ort. Nähere Hinweise finden Sie im Artikel auf S. 10 dieser Ausgabe.

Prof. Dr. Dr. Reinhard Joachim Wabnitz stellte die wesentlichen Ergebnisse des 14. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung vor und rückte dabei die Bedeutung der öffentlichen Jugendhilfe in den Mittelpunkt.

Zu den Ergebnissen und Perspektiven der Großen Lösung berichtete Claudia Porr, rheinland-pfälzisches Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, aus der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung“. Die Arbeitsgruppe spricht sich in ihrem Abschlussbericht für die Umsetzung der Großen Lösung im SGB VIII aus. „Ziel ist die volle Inklusion und die Überwindung aller Sondereinrichtungen.“ (Heiner Keupp, DJHT 2011). Die Große Lösung stellt eine Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zu einem inklusiven Rechtssystem dar und setzt ein eindeutiges Signal für inklusive Angebote. Sie ist jedoch nur ein Baustein von Inklusion. Der Bericht ist Grundlage für weitere politische Entscheidungen; diese werden mit Spannung erwartet.

Die BAG Landesjugendämter fasste den Beschluss, ihre „Empfehlungen zur Adoptionsvermittlung“ (2009) dahingehend zu überprüfen, ob sie aktuellen gesetzlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen ausreichend Rechnung tragen und sie ggf. entsprechend zu überarbeiten. Hierbei sollen den Vereinbarungen mit der AGJF gemäß insbesondere eine differenzierte Würdigung der Altersabstandsfrage sowie die Einbeziehung der nachgehenden Adoptionsbegleitung erfolgen. Darüber hinaus beschäftigt sich die BAG-Arbeitsgruppe Adoptionsvermittlung u.a. mit Fragen zu Leihmutterchaften und unbegleiteten Adoptionen.

Von der Mitgliederversammlung beschlossen wurde, an der Erarbeitung eines Positionspapiers zur Thematik der Freiheitsentziehenden Maßnahmen festzuhalten. Als Orientierungsgrundlage dient ein Beschluss des LJHA Westfalen-Lippe.

Alle Veröffentlichungen stehen unter www.bagljae.de zur Verfügung.

Carina Hormesch
Telefon 06131 967-162
Hormesch.Carina@lsjv.rlp.de

Empfehlungen der BAG Landesjugendämter

„Sicherung der Rechte von Kindern als Qualitätsmerkmal von Kindertageseinrichtungen“

Mit dem Bundeskinderschutzgesetz wurde eine weitere Voraussetzung für die Erteilung einer Betriebserlaubnis formuliert: In Kindertageseinrichtungen müssen künftig Verfahren für die Beteiligung von Kindern und für die Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten geregelt sein. Wie dies in der täglichen Praxis in den Einrichtungen mit Leben erfüllt werden soll, dazu geben die [Empfehlungen](#) der BAG Landesjugendämter, die auf der 114. Arbeitstagung beschlossen wurden, eine Handlungsorientierung.

Das Papier der Bundesarbeitsgemeinschaft wendet sich neben den öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe auch an die Fachkräfte in den Kindertagesstätten.

Die Empfehlungen zeigen, wie Beteiligung von Kindern und Eltern gelebt und wie diese Beteiligung in der Konzeption verankert werden kann. Sie weisen insbesondere darauf hin, dass die bereits in den Einrichtungen vorhandenen Instrumente der Wahrnehmung, Beobachtung und Dokumentation genutzt werden können, um Bedingungen und Entwicklungsstände der Kinder zu evaluieren und daraus in einer ersten Phase die eigene Rolle als Fachkräfte zu überdenken (Nr. 4.1. der Empfehlungen).

In einem zweiten Schritt werden die Beteiligungsmöglichkeiten erkundet und es wird festgestellt: „Grundsätzlich ist alles im Kindergarten beteiligungsfähig“. Eine Grenze kann dann gezogen werden, wenn eine Abwägung zwischen Beteiligung und Schutz der Kinder notwendig wird, um Gefährdungen auszuschließen (Nr. 4.1 der Empfehlungen).

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Team als die Verantwortlichen in der Kita treffen die grundlegenden Entscheidungen im Dialog und auf Grundlage der Beobachtungen. Eltern, Träger und Kinder sind dann mit einzubeziehen und die Erweiterung der Beteiligungsrechte soll so zur gelebten Kultur in der Einrichtung werden und im besten Fall auf weitere Bereiche ausstrahlen.

Thematisiert wird auch, wie bei Kindeswohlgefährdungen die Einbeziehung der Kinder aussehen kann, um mit ihnen gemeinsam den Schutz wieder herzustellen.

Das Papier stellt viele Methoden und Beispiele der Beteiligung und Beschwerde vor und zeigt damit anschaulich, wie eine lebendige Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben aussehen kann.

Denn – und das ist das Fazit dieser Empfehlungen – „gelingende Beteiligung ist präventiver Kinderschutz“.

Doris Michell
Telefon 06131 967-293
Michell.Doris@lsjv.rlp.de

Julia Auschill
Telefon 0261 4041-369
Auschill.Julia@lsjv.rlp.de

Die Jahrestagung der LAG Jugendhilfeplanung diskutierte den 14. Kinder- und Jugendbericht des Bundes

Rückenstärkung für die Jugendhilfeplanung gab es zunächst in den Grußworten an die rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Mitgliedsorganisationen der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendhilfeplanung am 24. April 2013 in Mainz.



Birgit Zeller ging auf die beachtliche Themenliste der nunmehr 15 Jahrestagungen der LAG Jugendhilfeplanung ein und unterstrich, dass darin die Berichte des Bundes immer eine besondere Aufmerksamkeit erhalten haben. Der LJHA- Vorsitzende Bähr wies auf das Spannungsverhältnis zwischen notwendigen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie einer restriktiven Finanzpolitik hin und gab der Hoffnung

Ausdruck, dass der Bericht Rückenwind biete für die Unterstützungsbedarfe von Kindern, Jugendlichen und Familien. Lucia Stanko vom Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen sprach das Berichtswesen als Grundlage und Orientierung für die Planung an. Sie informierte darüber, dass der Startschuss für die Erarbeitung des Zweiten Kinder- und Jugendbericht des Landes bereits gefallen ist. Ein Schwerpunkt soll bei der Jugend bzw. der Jugendarbeit liegen. Im Rahmen von Anhörungen bzw. Befragungen werden Expertinnen und Experten aus Theorie und Praxis sowie junge Menschen selbst einbezogen.

Als „Lotsen“ für die Jahrestagung konnte Birgit Zeller den Vorsitzenden der Berichtskommission Reinhard-Joachim Wabnitz begrüßen, der in der benachbarten Landeshauptstadt Wiesbaden eine Professur an der Fachhochschule inne hat.

In seinem Einführungsreferat ging er auf die Herausforderungen ein, die der 14. Kinder- und Jugendbericht für die Kinder- und Jugendhilfe sieht.

Der Bericht nimmt das Thema des 11. Kinder- und Jugendberichts von der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen wieder auf und verstärkt es. Mit Blick auf zunehmende gesellschaftliche Veränderungen und wachsende Anforderungen an junge Menschen von Seiten unterschiedlicher gesellschaftlicher Institutionen sieht er die Notwendigkeit zu einer Neugestaltung der öffentlichen Verantwortung.



Albrecht Bähr

Eine Schlüsselrolle hat dabei das Jugendamt inne. Mit dem zentralen Gestaltungsauftrag für die Jugendämter ist auch die Koordinierung und Abstimmung mit anderen für das Aufwachsen relevanter Institutionen verbunden, ohne dass die Jugendämter dabei ihren originären Auftrag für die Einlösung des Rechts junger Menschen auf Erziehung und Förderung ihrer Persönlichkeit aufgeben.

Die Präsentation von Professor Wabnitz ist auf der [Seite des LJHA](#) unter LAG Jugendhilfeplanung hinterlegt. Sie enthält auf den Seiten 54 ff. auch die Zehn Leitlinien für die Neugestaltung der Kinder und Jugendhilfe. Das LJA-Info wird sie in den nächsten Ausgaben nacheinander differenziert zum Thema machen.

Am Nachmittag wurde die Diskussion in Arbeitsgruppen weitergeführt: Die Arbeitsgruppe „Auftrag, Strukturen, Finanzierung und Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe“, moderiert von Birgit Zeller, zog beispielhaft die Entwicklung im Zuge des Landeskinderschutzgesetzes heran. (Vorbildlich seien auch die qualifizierten Verwendungsnachweise, die eine Basis für das Berichtswesen darstellen).



„Schiff unter Jugendhilfewind...“

Für die Unter- 6- Jährigen sei die Schlüsselrolle des Jugendamtes bereits Realität, darüber hinaus bestehe aber noch ein erheblicher Profilierungsbedarf. Das Land müsse mehr zur Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe beitragen, etwa im Bereich der Erziehungshilfe, Regelfinanzierung statt Projektfinanzierung sei wünschenswert, die Versäulung der Kinder- und Jugendhilfeangebote müsse überwunden und die Leistungen der übrigen gesellschaftlichen Institutionen wie Schule und Arbeitswelt verbessert werden, so Stimmen aus der Arbeitsgruppe. Wichtig sei, die Debatte über die Gestaltungsaufgabe des Jugendamtes auch auf politischer Ebene zu führen.

In der zweiten Arbeitsgruppe ging es unter Leitung von Susanne Kros um Soziale Ungleichheit als Herausforderung, genauer um die Überwindung verfestigter Benachteiligungsstrukturen. Der Kinder- und Jugendbericht stellt heraus, dass Benachteiligungen offenbar durch die Kinder- und Jugendhilfe nicht wirksam durchbrochen, sondern eher noch verfestigt werden. Das stellt eine besondere methodische Herausforderung für alle Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe dar und nötigt zu einer kritischen Reflexion der subtilen sozialen Zuschreibungsprozesse ebenso wie der „hausgemachten“ Zugangsbeschränkungen für junge Menschen und Familien in benachteiligten Lebenslagen.

Das Thema für die Arbeitsgruppe zur Partnerschaft der Jugendhilfe mit Eltern, Schule und Dritten (Moderation Sybille Nonninger) erwies sich als zu komplex, weshalb es im Wesentlichen um die Schule als Kooperationspartner ging. Im Zuge der schulischen Reformprozesse sind Errungenschaften aus früheren Zeiten der Zusammenarbeit in Vergessenheit geraten. Die gemeinsamen Empfehlungen von Landesjugendamt und

Bildungsministerium zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule sind nicht mehr bekannt. Darin wurde zum Beispiel empfohlen, dauerhafte fallübergreifende Strukturen der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule(n) zu schaffen. Ein Vorschlag, der von der Arbeitsgruppe erneuert wurde. Wenn es bereits Empfehlungen zur Zusammenarbeit gebe, sei es vielleicht möglich, an diesen anzusetzen und sie zu aktua-

lisieren, schlug die Arbeitsgruppe vor. Neben Kooperation und Kommunikation seien aber die konkurrenten Kostenregelungen das größte Problem der Zusammenarbeit.

Rudi Neu moderierte die Arbeitsgruppe zu „Jugend als Zielgruppe, Jugendarbeit als Pflichtprogramm“. Jugendarbeit müsse sich nicht neu erfinden und es mangle grundsätzlich auch nicht an interessierten jungen Menschen. Aber es mangle an den Entwicklungs- und Gestaltungsräumen für sie, außerdem müsse Jugendarbeit sich gegen die Tendenz zur Verzweckung wehren, so das Resümee. Eine Forderung aus der Arbeitsgruppe wurde auch ins Plenum eingebracht: Die Pflichtaufgabe Jugendarbeit müsse konsequent umgesetzt und auch durch die ADD als solche respektiert werden.

Die Abschlussrunde im Plenum nahm die zentralen Forderungen aus den Arbeitsgruppen auf und prangerte die „Projektitis“ als aufwändige und wenig nachhaltige Finanzierungsform an. Die Notwendigkeit, eine kleinräumige Planung in den Jugendämtern zu realisieren, wurde angesprochen, ebenso die Gewinnung von Unterstützern für die Pflichtaufgabe „Kinder- und Jugendhilfe“ sowie eine entsprechend offensive Öffentlichkeitsarbeit.

Sybille Nonninger
Telefon 06131 967-360
Nonninger.Sybille@lsjv.rlp.de

Qualitätssicherung durch Fortbildung

Das Landesjugendamt als überörtlicher Träger ist nach § 85 Abs. 2, Satz 8 SGB VIII zuständig für die Fortbildung von Mitarbeiter/innen in der Jugendhilfe. Im Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum (SPFZ) als einem Referat des Landesjugendamtes wird dieser Auftrag für unterschiedliche Zielgruppen umgesetzt. Immer mal wieder finden Sie Berichte über Weiterbildungen oder Tagungen, in dieser Ausgabe geht es um die Zielgruppen Schulsozialarbeiter/innen, Amtsvormünder/innen und Erzieher/innen:

Ansätze konfrontativer Pädagogik in der Schulsozialarbeit: „Verstehen, aber nicht einverstanden sein“

Am 15. April haben 16 Schulsozialarbeiter/innen und Lehrkräfte ihr Zertifikat als „Referent/in für Sozial-Kompetenz-Training und Gewaltprävention in Gruppen“ erhalten. An 14 Seminartagen haben die Teilnehmenden sich damit beschäftigt, wie Kinder und Jugendliche in schwierigen Situationen oder bei auftretenden Konflikten im Lebensraum Schule angesprochen, beraten, unterstützt, aber auch konfrontiert werden können.

Im Zentrum der Fortbildung standen neben theoretischen Inputs vor allem Trainingseinheiten, die die Kommunikationsfähigkeiten erweitern sollen. In der Gruppe wurden eine Vielzahl von Instrumenten und Methoden geübt und reflektiert und die praktische Umsetzung in den Arbeitsalltag der Beteiligten vorbereitet bzw. ausgewertet. Die Referenten Uwe Zissener und Thomas Konschak regten in besonderer Weise an, eine Haltung zu entwickeln, die den Kindern und Jugendlichen gegenüber *in der Person* wertschätzend und verstehend begegnet. Kritischen *Verhaltensweisen* gegenüber aber könne klar Position bezogen werden.

Wichtig dabei sind die vorhandenen Strukturen und Rahmenbedingungen, insbesondere die Kultur des Umgangs in einer Schule. Günstig wirkt sich für alle Beteiligten - Kinder, Jugendliche, Eltern, Schulsozialarbeiter/innen und Lehrkräfte - ein für alle verbindlicher und transparenter Handlungsrahmen aus, der spüren lässt, dass jede Person wichtig ist und Schülern/innen Unterstützung gegeben wird. Es muss allerdings auch Eigenverantwortung übernommen werden.

Bisher haben rund 70 Personen das Zertifikat erhalten, weitere 16 Absolventen folgen im Juni.



Ein Teilnehmer hält ein Abschlussstatement

Die Qualifizierung des SPFZ leistet damit nicht nur einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung der Schulsozialarbeit, sondern auch zur schulischen Entwicklung. Die Einbindung von Lehrerinnen und Lehrern in die gemeinsame Fortbildung mit den Fachkräften der Schulsozialarbeit hat sich als besonderes Qualitätsmerkmal dieser Reihe bewährt.

Qualifizierung für Amtsvormünder in Rheinland-Pfalz – Abschluss am 16. Mai 2013

Am 05.07.2012 ist das „Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts“ in vollem Umfang in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Änderungen – bereits aus dem Jahre 2011 - wird dem Vormund explizit auferlegt, „die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten“ (vgl. § 1800 Satz 2 BGB). Der Vormund hat außerdem „mit dem Mündel persönlichen Kontakt“ zu halten. Er soll das Mündel „in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen, es sei denn, im Einzelfall sind kürzere oder längere Besuchsabstände oder ein anderer Ort geboten“ (vgl. § 1793 Abs.1a BGB). Ziel der Gesetzesänderungen war, im Sinne des Kindeswohls stärker auf den persönlichen Kontakt und die den Eltern gleiche Verantwortung abzustellen.

Diese Gesetzesänderung hat eine Veränderung der Rolle und Aufgabe des Vormundes zur Folge. Zur Führung der Amtsvormundschaft bedarf es kompetenter Fachkräfte, die sowohl über spezifische Rechts- und Verwaltungskennntnisse als auch über umfassendes pädagogisches und entwicklungspsychologisches Wissen verfügen und darüber hinaus eine persönliche Beziehung zum Mündel aufbauen können. Die Neuregelungen führen weiterhin angesichts der neuen Fallzahlbegrenzung von 50 dazu, dass mehr Personal im Bereich Vormundschaft in den Jugendämtern benötigt wird.

Vor dem Hintergrund von Neueinstellungen und verändertem Profil hat das SPFZ eine Qualifizierungsreihe für Amtsvormünder entwickelt, um die Handlungskompetenz der Fachkräfte zu unterstützen und damit die Qualität im Feld weiter zu entwickeln. Am 16. Mai 2013 haben 18 Teilnehmende die erste Qualifizierungsreihe mit einem Zertifikat abgeschlossen.

Die Qualifizierung bestand aus drei Modulen:

1. Modul: „Neues Profil“ für die Amtsvormundschaft

Inhalte: Auswirkungen der Änderungen im Vormundschaftsrecht, Rolle und Haltung des Vormunds, Zusammenarbeit mit anderen Diensten im Jugendamt und mit externen Institutionen

2. Modul: Die Beziehung zum Kind/Jugendlichen

Inhalte: Entwicklungspsychologische Grundlagen, Kommunikation und Gesprächsführung mit Kindern und Jugendlichen, die Beziehung zum Mündel – zwischen Nähe und professioneller Distanz

3. Modul: Rechtliche Grundlagen der Amtsvormundschaft.

Inhalte: Aufgaben des Vormundes als Vertreter des Kindes, Rechte und Pflichten, Haftung des Vormundes, Verantwortung



Seminararbeit der Amtsvormünder

Die drei Module konnten unabhängig voneinander belegt werden, damit sowohl Einsteiger als auch bereits Berufserfahrene bedarfsgerecht die Fortbildungsthemen auswählen konnten. Kompetente und bundesweit bekannte Referentinnen und Referenten wie Henriette Katzenstein vom Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DiJuF) oder Edda Elmayer von der Katholischen Jugendfürsorge in Regensburg gestalteten die

insgesamt sechs Seminartage im Zeitraum von November 2012 bis Mai 2013. Das Interesse an dieser Qualifizierungsreihe war so groß, dass sofort eine 2. Reihe organisiert wurde, die im nächsten Monat beginnt.

Fachkraft für Frühpädagogik – weitere Kurse in Rheinland-Pfalz abgeschlossen

Das SPFZ bietet die berufsbegleitende Weiterbildung „Fachkraft für Frühpädagogik“ seit 2009 als Veranstalter selbst an und begleitet andere Veranstalter beratend und kooperierend bei der Durchführung der Qualifizierung vor Ort. Die Qualifizierung umfasst 160 Unterrichtseinheiten (UE) Präsenz und weitere ca. 140 UE Selbststudium und schließt mit einer Hausarbeit oder einem Referat ab.

Am 25. April 2013 überreichte Markus Wilhelm, Leiter des Jugendamtes Zweibrücken, 18 Erzieherinnen und einem Erzieher das Zertifikat nach Abschluss der Qualifizierung. Präsentationen wurden dargebracht zu den Themen: Inklusion im Krippenbereich, zum veränderten Bild vom Kind in der Historie und zur Rolle der Pädagog/innen als Beobachtende. Die kommunale Fachberaterin Brigitte Facco war Kooperationspartnerin des SPFZ und treibende Kraft, diese Weiterbildung in ihre Region zu holen.



Collage aus Zweibrücken

Die VG Weißenthurm ist Veranstalter und Kooperationspartner des SPFZ für den Kurs im Kreis Mayen-Koblenz. Am 16. Mai 2013 erhielten 20 Fachkräfte ihr Zertifikat aus den Händen von VG-Bürgermeister Georg Hollmann. Erkenntnisreich waren die Referate zu den verschiedenen Formen von Beobachtung und Dokumentation sowie zur Bindungstheorie und zur Eingewöhnung.

Die Pädagogin Andrea Fuß (M.A.) übernahm die pädagogische Kursbegleitung und war gemeinsam mit Ullricke Kretschmer (VHS) zuverlässige Ansprechpartnerin für die Teilnehmerinnen und das SPFZ.



Fachkräfte für Frühpädagogik aus dem Kurs der VG Weißenthurm

Ein weiterer Kurs ging in Mainz zu Ende. Am 17. Mai 2013 wurde der Abschluss mit einer Präsentation unterschiedlichster Themen gewürdigt. Eine Teilnehmerin beeindruckte mit der differenzierten Darstellung der Umstellung von Krippengruppe auf kleine Altersmischung.

Allein die auszugsweise Darstellung des notwendigen Materialangebots verschafft einen Eindruck von den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder in kleiner Altersmischung.

Der Sozialdezernent der Stadt Mainz, Kurt Merkator, übergab den Teilnehmenden die Zertifikate. Christine Maus, Fachberaterin der Stadt Mainz, war auch in diesem Durchgang bewährte Kooperationspartnerin des SPFZ.



Die Spannweite im Materialangebot in „Kleiner Altersmischung“



Fachkräfte für Frühpädagogik aus dem SPFZ-Kurs in Kooperation mit der Stadt Mainz

An allen drei Standorten sind bereits neue Kurse gestartet oder starten demnächst. Mittelweile waren, sind oder gehen 660 Fachkräfte landesweit in diese Qualifizierung. Ab 2014 wird am SPFZ für die zertifizierten Fachkräfte für Frühpädagogik eine Aufbau- und Vertiefungsweiterbildung angeboten.

Ellen Johann
Telefon 06131 967-132
Johann.Ellen@lsjv.rlp.de

Karin Klein-Dessoj
Telefon 06131 967-131
Klein-Dessoj.Karin@lsjv.rlp.de

Veronika Bergmann
Telefon 06131 967-133
Bergmann.Veronika@lsjv.rlp.de

Umsetzung der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen & Familienhebammen

Im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfe und Familienhebammen“ haben die rheinland-pfälzischen Geburtskliniken die Möglichkeit, durch entsprechende Antragstellung neu in das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ aufgenommen zu werden. Für das Jahr 2013 stellten sechs neue Geburtskliniken einen Antrag auf Förderung und auf Implementierung in das Programm.

Ende Februar fand die Auftaktveranstaltung für diese Geburtskliniken und die örtlich zuständigen Jugendämter statt, zu der die beiden Ministerien MSAGD und MIFKJF gemeinsam eingeladen hatten.

Im Rahmen der Bundesinitiative werden auch in Geburtskliniken koordinierende Familienhebammen eingesetzt, die die Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Gesundheitshilfe positiv gestalten. Unterstützende Informationen hierzu erhielten die Teilnehmenden durch Dr. Barbara Filsinger (Chefärztin der Geburtsklinik im St. Anna- und St. Marienkrankenhaus, Ludwigshafen), die von Kirsten Grogro (Servicestelle Kinderschutz) mittels Experteninterview zu den ersten Schritten der Umsetzung in der Modellklinik und zu deren Erfolgen befragt wurde. Dr. Filsinger ermutigte die anwesenden „Neueinsteiger“ im Programm, diesen Prozess in ihre Klinik zu integrieren und gemeinsam mit dem Jugendamt an der Verwirklichung zu arbeiten. Die betroffenen Familien würden im Rahmen dieses Programms gut erreicht werden und es werde bei den Fachkräften der Klinik sowie bei den Fachkräften des Jugendamtes eine höhere Zufriedenheit im Hinblick auf die Betreuungssituation erzielt.

Im Anschluss wurden den Anwesenden die nächsten Konzeptbausteine für die Geburtskliniken und die Jugendämter vorgestellt. In einem ersten Schritt erfolgt ein Beratertag, der den Kliniken helfen soll, eine klinikinterne Struktur zur Integration des Programms zu entwickeln. Im Anschluss an den Beratertag erhalten die Kliniken zwei je eintägige Inhouse-Schulungen zu den Themen „Genau hinschauen im Krankenhaus“ und „Professionelle Kommunikation mit Eltern im Krankenhaus“.

Passend dazu startete Anfang März der erste berufsbegleitende Aufbaukurs zur „Familienhebamme/Familien- Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in“. Die jetzigen Inhalte dieser Qualifikation orientieren sich an dem Kompetenzprofil des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH), das im vergangenen Jahr von einer Gruppe von Expertinnen und Experten erarbeitet wurde. Mit dem erfolgreichen Bestehen des Aufbaukurses erhalten die Teilnehmerinnen ein Zertifikat und dürfen den Titel „Familienhebamme“ oder „Familien- Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin“ tragen.

Den Einstieg in die Thematik gestaltete Jennifer Jaque-Rodney (Familienhebamme in Nordrhein-Westfalen), die bereits seit den 1980er Jahren, die als Beginn der Familienhebammentätigkeit gelten, in diesem Feld tätig ist. Sie gab den Teilnehmerinnen einen guten Einblick in die Arbeit der Familienhebamme, die damit verbundene Rollenveränderung und Zunahme an Kooperationspartnern (Vernetzung innerhalb der Kommunen) und noch vieles mehr. Jennifer Jaque-Rodney betonte in ihrem Vortrag die Bedeutung und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller beteiligten Berufsgruppen.

Seit 2009 konnten bereits Hebammen gemeinsam mit Kinderkrankenpfleger/innen an den Viva-Familia Kursen: „Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“ teilnehmen. Auch bei dem aktuell laufenden und den weiteren geplanten Kursen werden Hebammen und Kinderkrankenpfleger/-innen wieder zusammen geschult. Die gemeinsamen Kurse stellen damit einen ersten Schritt in Richtung „Kooperation mit Anderen“ dar. Die guten Erfahrungen in Rheinland-Pfalz, beide Berufsgruppen bereits in den Weiterbildungen miteinander zu „vernetzen“, werden derzeit auch von anderen Bundesländern erprobt.

Orsolya Drozdik
Telefon 06131 967-135
Drozdik.Orsolya@lsjv.rlp.de

Jugendschutzwochen im nördlichen Rheinland-Pfalz

Fachveranstaltungen und Projektwochen gibt es viele. Das Besondere an den Projektwochen zum Kinder- und Jugendschutz im nördlichen Rheinland-Pfalz ist, dass sich die sechs Jugendämter Altenkirchen, Mayen, Mayen-Koblenz, Stadt Neuwied, Kreis Neuwied und Westerwaldkreis für diese Veranstaltungsreihe zusammen geschlossen haben (das Landesjugendamt ist ebenfalls Kooperationspartner). Seit April und bis in den Juni hinein finden Veranstaltungen in den Bezirken der einzelnen Jugendämter statt. Die Palette der Themen ist vielfältig und reicht vom Rechtsextremismus über die Prävention von sexualisierter Gewalt bis zum Jugendmedienschutz.

Die Veranstaltungen sollen bei den verschiedenen Zielgruppen bewirken, dass sie sich mit den Themen und Anliegen des Kinder- und Jugendschutzes intensiver beschäftigen.

Darüber hinaus sind sie auch Zeichen für die gewachsene Zusammenarbeit und gleichzeitig Impuls, diese noch weiter zu vertiefen.

Weitere Informationen finden Sie unter diesem [Link](#), Dokumente Projektwochen zum Kinder- und Jugendschutz 2013.

Florian Reinert
Telefon 06131 967-379
Reinert.Florian@lsjv.rlp.de

DER BLICK ZURÜCK

Die GZA Rheinland-Pfalz und Hessen feiert 10 Jahre Zusammenarbeit

Am 10. Juni 2013 feierte die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen (GZA) ihr 10-jähriges Bestehen. Politisch Verantwortliche, Leiterinnen und Leiter sowie Fachkräfte der Adoptionsvermittlungsstellen der Jugendämter und freien Träger in Rheinland-Pfalz und Hessen, der zentralen Adoptionsstellen anderer Bundesländer, Kooperationspartner der GZA, ehemalige Mitarbeitende der GZA und Adoptivfamilien waren der Einladung nach Mainz gefolgt.

Zum Auftakt der Festveranstaltung begrüßte der Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Werner Keggenhoff die geladenen Gäste. Er wies darauf hin, dass Mainz und Wiesbaden die beiden nächstgelegenen Landeshauptstädte in Deutschland sind. Diese Nähe stellte für den Abschluss des Staatsvertrags und die Gründung der GZA vor 10 Jahren eine gute Ausgangsposition dar.



Präsident Werner Keggenhoff,
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper,
Ministerin Irene Alt

Die Bündelung von Kompetenzen und Personal zur Bewältigung der durch das Haager Adoptionsübereinkommen gestiegenen Anforderungen an eine Zentrale Adoptionsstelle schienen damals ein sinnvolles und erfolgversprechendes Modell zu sein, was sich in den 10 Jahren bestätigt habe.

Ministerin Irene Alt zeigte anhand der Adoptionsstatistik, wie stark sich in den letzten Jahrzehnten die Adoptionslandschaft gewandelt und sich damit die Aufgaben der mit Adoption befassten Behörden verändert hat. Gesellschaftliche Veränderungen stellen die Adoption immer wieder vor neue Herausforderungen und verlangen Anpassungen des Adoptionsrechts und des Adoptionsverfahrens, so die Ministerin. Sie betonte, dass die GZA stets das Wohl des Kindes ins Zentrum ihrer Arbeit stellt. Sie lobte die fachliche Arbeit der GZA und wies darauf hin, dass es der GZA gelungen ist, eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Leihmutterchaften anzustoßen. Kompetenz, Hilfsbereitschaft und unbürokratische Hilfe durch GZA auch bei dringenden und schnell zu bearbeitenden Anliegen zeichneten die Zusammenarbeit aus. Die Ministerin plädierte für eine verbindliche Regelung im Bezug auf fachlich unbegleitete Adoptionen und verwies auf die erforderliche gesetzliche Neuregelung der Sukzessiv-Adoption durch gleichgeschlechtliche Lebenspartner, die das Bundesverfassungsgericht im Februar dieses Jahres festgelegt hatte. Frau Ministerin Alt schloss mit dem Dank der Landesregierung für die Arbeit zum Wohle der Kinder und Adoptiveltern.

Staatssekretärin Petra Müller-Klepper aus dem hessischen Sozialministerium bestätigte, dass sich die GZA sich als Institution den hohen Maßstäben des Adoptions-

rechts verpflichtet weiß. Über die Adoptionsvermittlungsstellen der Jugendämter erhalte das hessische Ministerium die Rückmeldung, dass die Fortbildungsveranstaltungen der GZA für die Fachkräfte die Möglichkeit zum fachlichen Austausch böten und durch die Auswahl der Referentinnen und Referenten eine echte Fortbildungsmöglichkeit darstellten. Eine Adoption stelle eine echte Chance für ein Kind dar, so die Staatssekretärin. Es sei wichtig, Adoptivbewerber und –bewerberinnen gut auf ihr Adoptiveltern-Sein vorzubereiten, intensiv mit ihnen zu erarbeiten, was sie sich zutrauen und sie auch nach der Vermittlung mit ihren Fragen und manchmal Sorgen und Nöten nicht allein zu lassen. Ob Anfangsschwierigkeiten, Pubertät oder Suche nach der eigenen Herkunft, die GZA stehe den Adoptiveltern zur Verfügung. Auch für diese sensible Aufgabe und zentrale Unterstützung dankte sie der GZA. Denn die Adoption ende nicht mit dem Ausspruch des Adoptionsbeschlusses, sie sei ein lebenslanger Prozess.

In seinem Festvortrag erläuterte Prof. Jörg Reinhardt die vielfältigen Aufgaben, die die GZA erfüllt, wie beispielsweise den überregionalen Adoptionsausgleich schwervermittelbarer Kinder und die Beratung der örtlichen Adoptionsvermittlungsstellen in schwierigen Einzelfällen. Gefragt ist die GZA in familiengerichtlichen Adoptionsverfahren mit Auslandsbezug wie im Bereich der Aufsicht über anerkannte Auslandsvermittlungsstellen und im Bereich der Fortbildung für Fachkräfte der Vermittlungsstellen. Nicht zuletzt ist die GZA selbst Auslandsvermittlungsstelle und führt internationale Adoptionsvermittlung durch. Prof. Reinhardt formulierte, was Adoption bedeutet: Verantwortungsvolles Handeln auf der Grundlage klarer ethischer Prinzipien, gesicherter Strukturen und eindeutiger rechtlicher Vorgaben. Adoptionsvermittlung sei ein Spagat zwischen Bewerberinteressen, Kindeswohl und Verständnis sowie Hilfe für abgebende Eltern. Sie gestalte die Zukunft für diese Beteiligten am Adoptionsprozess. Das bedeute das Mitgestalten von Schicksalen. Diese Entscheidung wirke lebenslang und übertrage der Adoptionsvermittlungsstelle eine hohe Verantwortung. Reinhardt wies auf Herausforderungen hin, die es in der Zukunft zu bewältigen gelte und forderte auf, über einen Umbau der Adoptionsvermittlung nachzudenken, ob beispielsweise fließendere Übergänge zwischen Adoption und Pflege erforderlich sind.



Anschließend kam Iris Egger-Otholt, Leiterin der GZA, mit einer Adoptivmutter und einem Adoptivvater sowie mit dem Leiter der Bundeszentralstelle für Auslandsadoption Wolfgang Weitzel und Matthias Lehmkuhl, dem Leiter der AG Adoption der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter ins Gespräch.

Wolfgang Weitzel, Matthias Lehmkuhl, Iris Egger-Otholt, Adoptivmutter, Adoptivvater

Sie diskutierten Fragen zum Verlauf des internationalen Adoptionsverfahrens und zur Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Behörden. Die Adoptiveltern gaben einen berührenden Einblick in ihre Erlebnisse und Erfahrungen bei ihrem Weg bis zur Adoption und die erste Zeit mit dem Kind in ihrer Familie. Alle diese Wegbegleiter gaben der GZA viele gute Wünsche für eine weitere erfolgreiche Arbeit mit auf den Weg.

Cornelia Lange,
Abteilungsleiterin im hessischen
Sozialministerium und Birgit
Zeller, Leiterin der Abteilung
Landesjugendamt in Mainz
spannten den Bogen zu den
aktuellen bundesweiten
Entwicklungen. Themen wie die
Altersgrenze von
Bewerberinnen und Bewerbern,
sinnvolle Übergänge von
Vollzeitpflege in Adoptionen,
Leihmutterschaft und
Adoptionen durch
gleichgeschlechtliche Paare
wurden in einer gemeinsamen



Birgit Zeller und Cornelia Lange

Arbeitsgruppe der Länderministerien und der Landesjugendämter erörtert, die von
Rheinland-Pfalz und Hessen gemeinsam geleitet wurde. Die Ergebnisse der Diskussi-
onen sollen in den politischen Prozess auf Bundesebene eingespeist werden und dort
zu guten Lösungen beitragen. Die weiteren Entwicklungen bleiben abzuwarten.

Abschließend dankten Cornelia Lange und Birgit Zeller den Mitarbeiterinnen der GZA
für ihre fachlich qualifizierte Arbeit, die bundesweite Anerkennung genießt.

Beate Fischer-Glembek
Telefon 06131 967-367
Fischer-Glembek.Beate@lsjv.rlp.de

Marianna Bartsch
Telefon 06131 967-434
Bartsch.Marianna@lsjv.rlp.de

5. Jahrestagung der SPFH-Fachkräfte

Zur diesjährigen Tagung der Fachkräfte aus der Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) trafen sich am 3. Juni 2013 rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Erbacher Hof in Mainz. Mit den Themenblöcken „Schulversäumnisse – Eine Herausforderung für die Zusammenarbeit von SPFH’s mit der Schule“ und „Zugang verweigert – gelingende Hilfen für Familien mit sogenanntem Migrationshintergrund“ wurden aktuelle Fragestellungen aus der Praxis erörtert.

Zunächst begrüßte Martina Dreibus vom Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen die Anwesenden. Sie hob die Notwendigkeit und den Stellenwert der SPFH innerhalb der Jugendhilfe hervor. So lasse sich aus dem neuen Landesbericht der Hilfen zur Erziehung entnehmen, dass die SPFH im Jahr 2011 27 % aller Erziehungshilfen ausmachten. Ebenfalls 2011 wurden insgesamt 7000 Familien durch diese Hilfeform erreicht, was einer Verdreifachung seit dem Jahr 2002 entspreche. Daraus lasse sich ableiten, dass der Stärkung der Erziehungskompetenz mittlerweile ein deutlicher Vorrang vor anderen Hilfen eingeräumt werde. Sie bedankte sich für die gute und wichtige Arbeit der Fachkräfte.

Nach einer Möglichkeit zum informellen Austausch der Fachkräfte über die Problematik von Schulversäumnissen ging Hermann Rademacker, der bis 2001 beim Deutschen Jugendinstitut in München im Schwerpunkt für die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zuständig war, näher auf dieses Problemfeld ein. Nach seiner Erkenntnis entdeckte die Jugendhilfe bei den Schulverweigerern zunehmend ein neues Betätigungsfeld und richte hierfür eine wachsende Zahl von Angeboten ein. Gleichzeitig finde diese Entwicklung auch die Unterstützung der Schulen, die ihre Schulverweigerer „gerne“ an die Jugendhilfe abgebe. Im Ergebnis sehe er eine gefährliche Parallelität der Interessen von Jugendhilfe und Schule an der Einrichtung neuer ausgrenzender Formen der Beschulung durch die Jugendhilfe. Die Frage, warum es überhaupt zu Schulverweigerung komme und ob deren Ursprung möglicherweise in der Schule selbst zu suchen sei, trete dabei in den Hintergrund.



Eine systematische Erfassung von Schulverweigerung habe in Deutschland leider keine Tradition. So gebe es zwar Erfassungen auf der Einzelschulebene, diese diene jedoch lediglich als Basis für Zeugniseintragungen und nicht zur Identifikation von Handlungsansätzen.

Prof. Dr. Bestmann, Ellen Johann, Hermann Rademacker, Kerstin Röhlich-Pause

Die SPFH solle der Schule eine Zusammenarbeit anbieten, in der Schulversäumnisse ein Thema sind und in der die Handlungsmöglichkeiten der SPFH in den Lebenswelten der jungen Menschen ergänzend zu denen der Schule zur Verbesserung des

Schulbesuchs genutzt werden. Hierbei könnten gemeinsam entwickelte Förderpläne hilfreich sein, deren Umsetzung und Wirkung beobachtet werden. Ebenso seien die Entwicklung von Netzwerkstrukturen auf der kommunalen Ebene und die Einbindung der Zusammenarbeit von SPFH und Schule in solchen Strukturen sehr förderlich.

Nach der Mittagspause informierte Kerstin Röhlich-Pause von der Zentralen Stelle im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung kurz über das Einladungswesen nach dem Landeskinderschutzgesetz. Sie erläuterte den Hintergrund und das Verfahren zum Einladungswesen zu den Vorsorgeuntersuchungen und ermunterte die Fachkräfte der Familienhilfe, in den Familien für die Sinnhaftigkeit zu werben und vielleicht auch ganz praktisch einen Blick in das Untersuchungsheft zu werfen.

Prof. Dr. Stefan Bestmann vom Europäischen Institut für Sozialforschung aus Berlin eröffnete seinen Vortrag über „gelingende Hilfen für Familien mit sogenanntem Migrationshintergrund“ mit einer anschaulichen Darstellung, wonach die mittlerweile herrschende Flut an „Wissenschaft“ zu elterlichen Problemen eher Desorientierung und ein Gefühl von Inkompetenz und damit Verunsicherung erzeuge. Der Frage, was unter „interkulturell“ zu verstehen sei, näherte sich Bestmann insbesondere über den Kulturbegriff. So bedeute Kultur eine geteilte Lebenspraxis mit mannigfaltigen Verflechtungen, Überschneidungen und Übergängen zwischen Lebensformen. Aufgabe der Identitätsbildung in diesem Kontext sei es, transkulturelle Komponenten miteinander zu verbinden. Kultur heiße auch offen zu sein für neue Verbindungen und für Umstrukturierungen. Ein solches offenes und fließendes Verständnis von Kultur habe für das professionelle Selbstverständnis Sozialer Arbeit und Bildungsarbeit einen zentralen Stellenwert. In der praktischen sozialen Arbeit gehe es letztlich darum, weniger mit separaten migrationsspezifischen Methoden zu arbeiten sondern vielmehr das professionelle Handwerkszeug transkulturell sensibel anzuwenden.

Mit einer Themensammlung für die Tagung im kommenden Jahr, die gemeinsam für die Fachkräfte aus der Erziehungs- und Familienberatung und der Sozialpädagogischen Familienhilfe ausgerichtet werden soll, endete ein erkenntnisreicher Fachtag.

Benno Neuhaus
Telefon 06131 967-523
Neuhaus.Benno@lsjv.rlp.de

9. Landeskonferenz Heimerziehung

Ich sehe was, was Du nicht siehst - Fallverstehen ein Kinderspiel?

Im Zentrum der diesjährigen Landeskonferenz am 25. April 2013 stand die Auseinandersetzung mit dem Thema Fallverstehen. Nicht nur zu Beginn einer stationären Hilfe zur Erziehung ist es wichtig, angemessene Zugänge für Verstehensprozesse zu gestalten und begründete Schlussfolgerungen für das professionelle Handeln zu ziehen. Auch im gesamten Verlauf der Hilfe stellt sich immer wieder die Frage danach, wie nachvollziehbar begründete Einschätzungen, Empfehlungen und Entscheidungen zustande kommen. Ein methodisch strukturiertes Fallverstehen ist notwendig, da sich Professionelle den Eigenlogiken des Handelns von jungen Menschen und ihren Eltern nähern müssen, um mit ihren Interventionen an deren Erfahrungen und Sinnkonstruktionen anknüpfen zu können. Die Adressaten der Hilfe werden Veränderungen nur dann vollziehen, wenn sie vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen Sinn machen. Die Passung zwischen dem, was der junge Mensch und seine Familie an Unterstützung brauchen und dem was die Heimerziehung zur positiven Entwicklung beitragen kann, muss deshalb immer wieder hergestellt werden.

Wird im Verstehensprozess die Perspektive der jungen Menschen und ihrer Eltern angemessen berücksichtigt? Welche Verfahren sind zielführend, welche Methoden passend? Welchen Beitrag leisten methodisch strukturierte Fallberatungen? All diesen Fragen wurde nachgegangen.

Prof. Dr. Christian Schraper von der Uni Koblenz befasste sich in seinem Referat mit der Frage, wie der Blick auf die Lebensläufe, Erfahrungen und Denkweisen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien geschärft werden kann. Ziel sei es, besser zu verstehen, was die Personen bewegt, welche Logiken sie entwickelt haben und wo Heimerziehung ansetzen und unterstützen kann. Im zweiten Referat ging Prof. Dr. Peter Pantuček von der FH St. Pölten (Österreich) auf konkrete Herangehensweisen und Instrumente wie z.B. die soziale Netzwerkkarte, ein und erläuterte u.a. die Handhabung von ihm entwickelter elektronischer Vorlagen, die kostenlos [heruntergeladen](#) und genutzt werden können.

Am Nachmittag konnten alle Teilnehmenden je zwei Arbeitsgruppen besuchen, in denen ein entsprechender Ansatz bzw. ein Instrument/ Verfahren und dessen praktischer Einsatz vorgestellt wurde. Die thematische Bandbreite umfasste zahlreiche verschiedene Ansätze wie beispielsweise Familiengruppenkonferenz, Lösungsorientiertes Arbeiten, Psychoanalytische Sozialarbeit oder systemisch-hypnotherapeutisches Fallverstehen.

Als AG-Leitungen standen neben erfahrenen freiberuflichen Referenten vor allem verteilte Praktiker aus rheinland-pfälzischen Einrichtungen zur Verfügung.

Abgeschlossen wurde die Tagung durch eine umwerfende musikalische Darbietung der Taiko-Trommelgruppe der Helene-Pagés-Schule in Boppard. An den großen und entsprechend lauten japanischen Trommeln zeigten die hochkonzentrierten Schüler/innen der Förderschule eine beeindruckende Auswahl ihres Könnens.



Die Taiko-Gruppe der Helene-Pagés-Schule Boppard

Ellen Johann
Telefon 06131 967-132
Johann.Ellen@lsjv.rlp.de

„Verliert die Jugendarbeit ihre Jugend?“

Regionaltagung Nord der kommunalen Fachkräfte der Jugendarbeit

Häufig ist zu beobachten, dass Angebote der Jugendarbeit zunehmend die jüngeren Jugendlichen ansprechen. Die diesjährige Tagung der Fachkräfte der Jugendarbeit am 22. Mai 2013 in der VG Betzdorf widmete sich der Frage, ob Jugendarbeit in Gefahr kommt, die Älteren aus dem Blick zu verlieren. Über 40 Teilnehmende zeigten, dass das Thema auf Interesse bei den Fachkräften stößt.

In einem Eingangsreferat von Sabine Herrmann wurden mögliche Ursachen thesenartig in den Blick genommen: die Angebote der Jugendarbeit richten sich häufig nach denen, die da sind – und hier liegt der Trend, dass zunehmend jüngere Jugendliche die Angebote der Jugendarbeit wahrnehmen möchten und sich für jugendspezifische Ausdrucksmöglichkeiten interessieren - sie kommen früher in die Pubertät.



Moderation Sabine Herrmann, VG-Jugendpfleger aus Betzdorf Ingo Molly

Der Betreuungsbedarf für Grundschüler ist höher als das Angebot, Jugendarbeit konzipiert aus dieser Notwendigkeit heraus zum Teil Mittagstische und Hausaufgabenbetreuung. Der Ausbau der Ferienspiele, wie er vielerorts erfolgte, setzt einen weiteren Schwerpunkt Richtung Kinder.

Ein veränderter Jugendschutzgedanke (Zigaretten rauchen nicht mehr möglich, der Ausschank von Alkohol in Angeboten der Jugendarbeit ist nicht mehr üblich) verschreckt potentielle Nutzerinnen und Nutzer, die sich nicht bevormunden und pädagogisieren lassen wollen. Fachkräfte der Jugendarbeit stehen unter dem Druck, pädagogisch „Sinnvolles“ anzubieten. Räume können häufig nicht mehr von Jugendlichen selbst gestaltet werden, da sie multifunktional genutzt werden müssen. Selbstbestimmte und selbstverwaltete Räume werden kritisch gesehen.

In Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Fachkräfte mit mehreren Schwerpunkten:

1. Facebook und Co. – eine Konkurrenz für unseren Treff?

Die Fachkräfte betonten, dass Facebook und Co. eine Konkurrenz für die Jugendentreffarbeit ist, früher kam man erst in den Treff, um sich dann hier für die weitere Abend- oder Tagesplanung zu verabreden, heute geschieht dieses online. Man sollte allerdings die positiven Effekte für die Jugendarbeit nutzen: gute Erreichbarkeit über Facebook, die Jugendlichen sind oft „on“, zügige Reaktionen bei Anfragen erleichtern die Arbeit, Veranstaltungen können angekündigt

und beworben werden und das Medium kann für Absprachen und Terminvereinbarungen genutzt werden. Schwierigkeiten gibt es allerdings häufig verwaltungsintern, da Facebook nicht genutzt werden darf.

2. Was macht Jugendräume für ältere Jugendliche ab 14 Jahren attraktiv?

Die Fachkräfte tauschten ihre Erfahrungen aus: attraktiv ist ein Treff für Jugendliche, wenn es Angebote wie Kochen, Sport, Musik, Computer gibt, wenn eine spontane Teilnahme möglich ist, wenn sie selbst über ihre Angebote bestimmen können, ohne Verantwortung übernehmen zu müssen, wenn sie Vertrauen zu ihren festen Ansprechpartnern gewonnen haben (Beziehungsarbeit). Sie wollen geschützt und unterstützt werden. Sie haben einen großen Bedarf danach, in ihren selbstgewählten Cliquen zu sein, dass der Treff möglichst jeden Tag auf hat und die Angebote möglichst kostengünstig sind.

3. Ferienangebote und Projekte: nur für die Kleinen?

Die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe stellen fest, dass die Angebote der Jugendarbeit in den vergangenen Jahren verstärkt auf Kinder ausgerichtet wurden. Kinder haben eine starke Lobby (über Politik und Eltern). Zudem stehen die Eltern hinter der Nutzung der Angebote (Betreuungsprobleme der Eltern lösen sich durch die Angebote), so dass Angebote für Kinder sehr gut angenommen werden. Angebote für Jugendliche lassen sich oftmals schwerer füllen als Angebote für Kinder. Dadurch müssen die Angebote für die Jugendlichen häufig mit deutlich geringeren Teilnahmezahlen arbeiten und sind vor politischen Gremien damit schwerer zu rechtfertigen. Die Jugendlichen schreckt teilweise ab, dass die Angebote der Jugendarbeit mittlerweile einen pädagogischen Nutzen nachweisen müssen und somit als Bildungsangebote deklariert sind. Die Fachkräfte der Jugendarbeit sollten sich diesbezüglich zukünftig eher dahingehend positionieren, dass wieder „Freiräume“ für Begegnung für die Jugendlichen geschaffen werden. Fazit: Auch wenn Kinder als Zielgruppe in den Fokus rücken, sind sich die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe einig, dass die Angebote für die Jugendlichen nicht aus dem Blick geraten sind. Angebote für Jugendliche bilden weiterhin einen Arbeitsschwerpunkt für zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der offenen Jugendarbeit.

4. Die vierte Gruppe hatte den Anspruch sich mit den selbst eingebrachten Themen und Anliegen auseinanderzusetzen. Mit über acht Themenfeldern wurde die Bandbreite deutlich. „Ja, die Jugend wird durch Präventionsarbeit verloren“, lautete u.a. eine These, die deutlich macht, dass nur die Erfüllung eines Präventionsgedankens der Jugendarbeit nicht gerecht wird.

Am Nachmittag stellten Fachkräfte der Jugendarbeit Einrichtungen vor, die besonders ältere Jugendliche im Blick haben: das Haus Metternich aus Koblenz und der Jugendtreff „big House“ in Neuwied.

Beide Einrichtungen berichteten, dass Jugendliche sehr stark mitbestimmen können. Sie haben einen Schwerpunkt in der kulturellen Arbeit und bieten mit ihrer guten Lage in der Innenstadt zahlreichen Besucherinnen und Besuchern einen beliebten Treffpunkt.



Die Tagung zeigte, dass die Jugendarbeit „ihre“ Jugend nicht aus dem Blick verloren hat – auch wenn es zunehmend schwieriger wird, für ältere Jugendliche attraktiv zu bleiben – trotz Jugendschutzgesetzen.

Versammelte Jugendpflege des Nordens von Rheinland-Pfalz

Rudi Neu
Telefon 06131 967-263
Neu.Rudi@lsjv.rlp.de

Fachtagung der Kompetenzagenturen: Wege aus dem Labyrinth des Übergangssystems

Seit 10 Jahren sind die knapp 200 Kompetenzagenturen bundesweit aktiv. Diese haben das Ziel, sozial benachteiligte oder individuell beeinträchtigte junge Menschen mit Hilfe des Case Managements in die Arbeitswelt einzugliedern und so auch in die Gesellschaft zu integrieren.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kompetenzagenturen verstehen sich hierbei als Lotsen im Übergangssystem: Sie „lotsen“ den jungen Menschen in das individuell passende Angebot und arbeiten hierbei mit wichtigen Akteuren wie z.B. der Schule, den Jugendämtern, Trägern der Jugendsozialarbeit, Arbeitsagenturen sowie lokalen Unternehmen und Betrieben zusammen.

Träger der Kompetenzagenturen in Rheinland-Pfalz sind z. B. der Caritasverband, der Internationale Bund, die katholische Kirche, der CJD. Aufsuchende Ansätze der Jugend(sozial)arbeit sind hier bereits zentrale Merkmale der Arbeit.

Am 15. Mai 2013 zog das Kompetenznetzwerk Rheinland-Pfalz, der Zusammenschluss der acht Rheinland-Pfälzischen Kompetenzagenturen¹, eine positive Bilanz seiner Arbeit im Rahmen einer Fachtagung in Mainz: Über 70 % der jungen Menschen, die von einer der Kompetenzagenturen begleitet worden seien, hätten das Case Management erfolgreich abgeschlossen.

Den Hauptvortrag des Tages hielt Sozialwissenschaftler und Arbeitsmarktexperte Prof. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz. Sell bezeichnete das bestehende Übergangssystem von Schule in den Beruf als Labyrinth. Die Förderlandschaft von Maßnahmen sei viel zu komplex, als dass sich ein Jugendlicher ohne Begleitung alleine durch dieses „Dickicht“ schlagen könne. Er forderte eine Struktur, die die passgenaue Vermittlung von Jugendlichen in sinnvolle Angebote sicherstelle. Kommunen, Bundesländer und die Bundesagentur für Arbeit müssten zu einer strukturierten Zusammenarbeit verpflichtet werden, um den einzelnen Jugendlichen optimal begleiten und fördern zu können. „Ohne eine kontinuierliche individuelle Begleitung und Betreuung der Jugendlichen mit den größten sozialen Integrationsproblemen werden wir das Potential unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren nicht ausschöpfen. Auch deshalb brauchen wir eine nachhaltige Stabilisierung und Aufwertung der Arbeitsbedingungen der Fachkräfte, die mit diesen Jugendlichen arbeiten.“

Schülerinnen und Schüler der Nürburgringschule aus Wimbach, die eigens zu dieser Fachveranstaltung zusammen mit ihrem ehemaligen Schulleiter Udo Straatmann und ihren Lehrern Bernd Wagner und Dieter Stein angereist waren, machten aus ihrer Sicht deutlich, dass für sie die Mitarbeiter der Kompetenzagentur wichtige Partner bei ihrer Lebensplanung waren und sind.

¹Kompetenzagenturen Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell, Stadt Mainz, Landkreis Mainz-Bingen, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Stadt Worms, Kompetenzagentur im Haus der offenen Tür Sinzig

"Die Nora von der Kompetenzagentur hat mir geholfen, dass ich jetzt viel stärker bin und ich mich auch traue ein Praktikum zu machen und danach vielleicht sogar 'ne Ausbildung", antwortete Daniel auf die von Susanne Kros, die als Moderatorin des Landesjugendamts Rheinland-Pfalz durch die Veranstaltung führte, gestellte Frage, wo er denn die Kompetenzagenturen als hilfreich erlebt habe.



Bis zum Jahresende ist die Finanzierung der Arbeit der Kompetenzagenturen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds noch gesichert. Derzeit zeichnen sich für einige Kompetenzagenturen individuelle Lösungen ab (z.B. Finanzierung durch Land oder Kommune), möglich ist evtl. auch eine weitere Finanzierung durch ESF-Mitteln.

© Bildnachweis Fotos: Christoph Jarosch

Susanne Kros
Telefon 06131 967-130
Kros.Susanne@lsjv.rlp.de

Nora Kaul
[Kompetenzagentur Sinzig](#)

FÜR SIE BESUCHT...

Netzwerk Fortbildung: Kinder bis drei – Bundestagung 2013

Das Thema „Qualität der Betreuung von Kindern in den ersten drei Lebensjahren“ zeigt auf vielen Ebenen des Kinder- und Jugendhilfesystems Auswirkungen. Eine Ebene davon ist die der Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte. Da das Ausbildungssystem nicht so schnell auf veränderte gesellschaftliche Herausforderungen reagieren kann, ist es vor allem Aufgabe der Weiterbildungsinstitute und Fortbildner/innen, dem immensen Bedarf der Fachkräfte nachzukommen (siehe auch Seite 14ff. in dieser Ausgabe).

Das Land Rheinland-Pfalz stellt, vertreten durch eine Mitarbeiterin im Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum (SPFZ), eine der Koordinatorinnen eines bundesweiten Netzwerks, in dem Fortbildner/innen, Fachberater/innen, Trägervertreter/innen und weitere Multiplikator/innen an der Weiterentwicklung von Fortbildungs- und Praxisqualität arbeiten: „es ist ein beruflich-fachlich orientiertes Netzwerk zur Qualifizierung und zum Austausch der Fortbildnerinnen und Beraterinnen, deren Adressaten Erzieherinnen und Kindertagespflegepersonen sind, die Kinder in den ersten drei Lebensjahren betreuen. Dieses Netzwerk ist grundsätzlich offen für alle Interessierte (aus dem Bereich der genannten Zielgruppe) und lebt von der Beteiligung seiner Mitglieder“.

Das Netzwerk ist auf drei Ebenen aktiv:

- eine jährliche bundesweite Tagung
- Arbeitstreffen in regionalen Netzwerken
- Austausch aktueller Informationen über einen Mailverteiler und eine
- Internetseite

Seit 2008 arbeitet das Netzwerk auf diesen Ebenen. Die Bundestagungen finden jedes Jahr an einem anderen Ort statt, in diesem Jahr vom 22. bis 24. April in Dresden. Der Ablauf der Tagungen hat immer wieder kehrende Elemente, um einen partizipativ angelegten Austausch zu ermöglichen. Vor allem wird mit der Methode Open Space gearbeitet aber auch mit anderen Großgruppenmethoden. Darüber hinaus werden Vorträge und Workshops zu aktuellen Fachthemen angeboten.

Worum ging es in Dresden? In der Betreuung kleiner Kinder kommt es ganz besonders auf ein aufmerksames und achtsames Wahrnehmen von und Reagieren auf kindliche Signale und Bedürfnisse an. Gerade bei kleinen Kindern, die oft noch nicht sprachlich kommunizieren, ist diese Responsivität eine professionelle Grundhaltung der pädagogischen Fachkräfte. Die Herausforderung für Erzieherinnen liegt in der Balance von Regulation und Anregung – sowohl der gesamten Kindergruppe als auch des einzelnen Kindes. Diese responsive Grundhaltung ist Voraussetzung wie Gelingensfaktor ebenso in der Zusammenarbeit mit den Familien der Kinder. Prof. Dr. Dorothee Gutknecht (Evangelische Hochschule Freiburg) gab mit ihrem Vortrag einen ersten Impuls zum Auftakt der Tagung.

Weitere aktuelle Studienergebnisse vermittelten zum einen Prof. Dr. Anja Voss (ASH Berlin) zur Erzieherinnengesundheit (www.kita-forschung.de) sowie Norbert Hocke (GEW) zu den Forschungsergebnissen und daraus zu ziehenden Konsequenzen aus der Studie „Schlüssel guter Bildung“ ([siehe LJA-info Ausgabe Dezember 2012](#)).

Vier Workshops wurden angeboten zu den Themen

- Qualitätsentwicklung nach SOAL-QE
- neue Verfahren von Beobachtung und Dokumentation (Barbara Fahle)
- Alltagsbildung in der Kindertagespflege (Bundesverband Kindertagespflege e.V.)
- Kompetenzprofil Weiterbildner/in (erarbeitet im Rahmen der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte)

Die Open-Space-Themen der Multiplikator/innen waren so vielfältig wie die 100 Teilnehmenden selbst: methodisch-didaktische Aspekte der Erwachsenenbildung, inhaltliche Themen von Fortbildungen, Fragen der aktuellen Belastung der Fachkräfte und Ideen zur neu installierten Kooperation des Netzwerks mit der WiFF gehörten dazu.



Eine Auswahl von Open Space-Themen

Dass das Netzwerk Fortbildung mit der WiFF am DJI kooperiert (weitere Informationen [hier](#)), ist eine große Chance für beide Partner: die Weiterbildungsinitiative WiFF hat durch die Kooperation die Möglichkeit, mit den mittlerweile mehr als 350 Netzwerker/innen in Kontakt zu kommen um inhaltliche Themen weiter zu entwickeln. Das Netzwerk hat wiederum die Chance, Themen aus der Praxis der Weiterbildung wissenschaftlich-forschend zu bearbeiten.

Die nächste Bundestagung des Netzwerks wird im März 2014 in Freiburg stattfinden.

Veronika Bergmann
Telefon 06131 967-133
Bergmann.Veronika@lsjv.rlp.de

PERSONALIEN

Landesjugendhilfeausschuss



(zur Homepage Wappen anklicken)

Mitgliederwechsel im Landesjugendhilfeausschuss

Als Nachfolger für Katrin Riebke (Sportjugend Rheinland-Pfalz) wurde Michael Leimbach (Sportjugend Rheinland-Pfalz) von Staatsministerin Irene Alt als stimmberechtigtes Mitglied in den Landesjugendhilfeausschuss berufen.

Als beratende Mitglieder wurden im Einvernehmen mit dem LJHA berufen

1. Johannes Domnick von der Landesvertretung für Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz (Nachfolger von Kevin Frantz)
2. Matthias Rösch, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen als Nachfolger von Ottmar Miles-Paul.

Fachausschüsse

Eva Hannöver-Meurer, Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft der Caritasverbände, wurde als Nachfolgerin von Frau Thum-Gerth in den Fachausschuss „Kinder und Familie“ (FA 2) gewählt.

Michael Schweizer und Uwe Kukla, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Nord der Jugendämter, wurden als Nachfolger von Elke Ferfers bzw. Gerhard Dick in den Fachausschuss „Hilfe zur Erziehung“ (FA 3) gewählt.

Jugendämter

Stadtjugendamt Ludwigshafen



(zur Homepage Wappen anklicken)

Jürgen May ist ab sofort neuer Leiter des Stadtjugendamtes Ludwigshafen. Er tritt die Nachfolge von Siegfried Böhn an, der Ende Januar in Ruhestand gegangen ist. Bislang war Jürgen May Stellvertreter von Herrn Böhn und Leiter der Abteilung "Fachdienste des Jugendamtes, Projekte, Öffentlichkeitsarbeit".

TERMINE

3. September 2013

Pflege- und Adoptivverhältnisse bei Familien oder Kindern mit Migrationshintergrund

Ort:	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Rheinallee 97-101, 55118 Mainz
Kosten:	35.00 Euro (inkl. Mittagessen)
Kooperationspartner:	Fachreferat 33 der Abteilung Landesjugendamt im LSJV
Referentin:	Sabine Kriechhammer-Yağmur, Diplom-Pädagogin, Paritätisches Bildungswerk BV
Zielgruppe:	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Pflegekinderdienste öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe, Fachkräfte aus Adoptionsvermittlungsstellen

Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland stellen 20 % der Bevölkerung, bei Kindern unter 6 Jahren sind es sogar mehr als 30%. Paare oder Einzelpersonen mit Migrationshintergrund wollen Kinder adoptieren oder stellen sich als Pflegeeltern zur Verfügung. Gleichzeitig vermitteln Fachkräfte immer häufiger Kinder mit Migrationshintergrund in deutsche oder binationale Familien oder deutsche Kinder in Familien mit Migrationshintergrund.

Zwangsläufig stellen sich Fragen:

Welches Fachwissen benötigen Fachkräfte und Adoptiv- und Pflegeeltern, um interkulturell kompetent zu handeln?

Wie beeinflusst die Tatsache, selbst einer Mehrheit oder Minderheit anzugehören die Arbeit mit Angehörigen einer Mehrheit oder Minderheit und die Gestaltung von Beziehungen?

Oft geht es darum, sich eigener Haltungen bewusst zu werden und/oder sie zu hinterfragen. Ziel dieser eintägigen Veranstaltung ist die Sensibilisierung für interkulturelle Themen. Es bleibt zusätzlich Raum und Zeit, auf Fragen der Teilnehmenden gezielt einzugehen.

Kontakt:

Karin Klein-Dessooy, Telefon 06131 967-131, Klein-Dessooy.Karin@lsjv.rlp.de

26. August und 23. September 2013

Arbeitsbeziehungen mit Familie gestalten – (wie) geht das?

Ort: Tagungszentrum Erbacher Hof, 55116
Veranstalter: SPFZ
Zielgruppe: Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes

„Tausendmal berührt – tausendmal ist nix passiert ...“. Immer wieder geschieht es, dass eben nichts geschieht. Trotz vielfältiger Bemühungen der Kontaktaufnahme, Hausbesuchen und Einladungen in die Dienststelle entsteht kein tragfähiges Arbeitsbündnis mit den Eltern. Dringend notwendige Hilfsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bleiben ungenutzt, verpuffen, verwandeln sich aus Sicht der Familie zu einem zusätzlichen Problem.

Für die Fachkraft führt das mitunter zu Frustration und Zweifeln. Wie finde ich einen passenden Zugang zu Familien/Eltern, die offenbar oder verdeckt Widerstand gegen die Arbeit der ASD-Fachkraft leisten? Ausgehend von der Erfahrung, dass Familien auf Grund von Not und Druck aber nie aus Lust und Interesse zur Zusammenarbeit mit „dem Jugendamt/ASD“ veranlasst werden, blicken wir am ersten Tag aus familiensoziologischer und –psychologischer Perspektive auf Familien als Klientel Sozialer Dienste. Der zweite Tag dient der Vertiefung des Themas, der Reflexion der ersten praktischen Erfahrung mit dem Leitfaden und ggf. seiner Überarbeitung.

Kontakt:
Ellen Johann, Telefon 06131 967-132, Johann.Ellen@lsjv.rlp.de

IMPRESSUM

Nächste Ausgabe im August

[<zurück>](#)

IMPRESSUM

Das Informationsmagazin des Landesjugendamtes Rheinland-Pfalz

Herausgeber:

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz
– Landesjugendamt –
Rheinallee 97-101
55118 Mainz
Telefon 06131 967-289
Telefax 06131 967-12289
landesjugendamt@lsjv.rlp.de
www.landesjugendamt.de

Redaktion:

Birgit Zeller

